

Bildung kann nicht warten

Deutschland kann mehr tun, um Kindern in Krisen und Konflikten Bildung zu ermöglichen.

Die Bedarfe

In 35 von Konflikten betroffenen Ländern haben rund 75 Millionen Kinder zwischen drei und 18 Jahren keinen ausreichenden Zugang zu Bildung. Hierzu zählen über 17 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene derselben Altersgruppe.¹ Allein in den letzten fünf Jahren sind mindestens 15 neue Konflikte ausgebrochen oder wieder entflammt. Darunter Syrien, Irak, Südsudan, Zentralafrikanische Republik, Burundi, Jemen, Ukraine und Myanmar. Zudem dauern jahrzehntelange Instabilität und Konflikte in Afghanistan, Somalia und anderswo weiter an.²

Flüchtlingskinder haben eine fünfmal geringere Chance, eine Schule zu besuchen. So gehen nur 50 Prozent zur Grundschule und nur 25 Prozent zur Sekundarschule. Mädchen sind in Konfliktregionen besonders benachteiligt. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie keinen Schulzugang haben, ist zweieinhalb Mal höher als bei Jungen.³ Der Bildungszugang von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist häufig schon unter stabilen Lebensumständen schwierig. In Krisensituationen verschlimmert sich ihre Lage zusätzlich. Mangelnde Barrierefreiheit der Registrierungsstellen oder fehlende Informationen über den Registrierungsprozess können dazu führen, dass sie überhaupt nicht registriert werden. Auch der Verlust von Hilfs- und Mobilitätsmitteln kann zur Folge haben, dass sie von Angeboten nicht profitieren können.

Laut einer Analyse des UNHCR lassen sich die folgenden grundlegenden Probleme zusammenfassen:⁴

- Je nach Regionen und Flucht- oder Krisenkontext sind die Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu Bildung sehr stark schwankend. Es gibt kein verlässliches System, das einen breiten Zugang ermöglichen würde.
- Innerhalb der Gruppe der Flüchtlinge haben Mädchen wiederum einen deutlich schlechteren Zugang zu Bildung als Jungen. In der Sekundarbildung zeigt sich dieser Trend noch stärker als in der Primarbildung.
- Generell ist die Qualität der Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu niedrig. Dies ist z.B. durch sehr hohe durchschnittliche Schülerzahlen pro Lehrer/in und geringe Qualifikation der Lehrkräfte bedingt.
- Indikatoren in diesem Bereich messen häufig lediglich die Beschulung, nicht aber, ob tatsächlich z.B. Lesen und Schreiben erlernt wird. Die vorhandenen Daten zeigen, dass Flüchtlinge bisher wenig in den Bildungsangeboten lernen und unterstreichen das Problem der Qualitätssicherung.

Dabei sind Bildungsangebote wichtige Interventionen in der humanitären Hilfe. Sie bieten Kindern in Konflikt- und Krisensituationen nicht nur Stabilität und Struktur sondern auch einen Schutzraum zur

¹ Overseas Development Institute (ODI), Education Cannot Wait: a fund for education in emergencies, Mai 2016, S.10; <https://www.odi.org/publications/10405-education-cannot-wait-fund-education-emergencies>

² UNHCR Global Trends. Forced Displacement in 2014. World at War; https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fileadmin/redaktion/PDF/UNHCR/Global_Trends_2014.pdf

³ ODI (2016), S.10.

⁴ UNHCR, Refugee Education. A Global Review, November 2011, Seite 6; <http://www.unhcr.org/4fe317589.html>.

Verarbeitung von Erlebtem und Möglichkeiten zur Bereitstellung psychosozialer Betreuungsangebote. Schulische Einrichtungen können vor Risiken wie Ausbeutung, Kinderarbeit, Gewalt und sexuelle Übergriffe schützen. Richtig eingesetzt fördert Bildung zudem Toleranz, Respekt und Frieden und kann somit eine stabilisierende Wirkung auf die von Konflikten betroffenen Gemeinschaften haben.

Erfahrungswerte und Studien verschiedener internationaler Organisationen belegen, dass von Konflikten und Katastrophen betroffene Bevölkerungsgruppen selbst Bildung einen hohen Stellenwert im Rahmen der humanitären Hilfe einräumen.⁵

Unterfinanzierung: Ein Problem für alle Sektoren in der humanitären Hilfe – insbesondere für Bildung!

Die ermittelte Finanzierungslücke für Bildung in humanitären Krisen beläuft sich auf jährlich 8,5 Mrd. US-Dollar, das sind rund 113 US-Dollar pro Kind und Jahr.⁶

Eine Auswertung ausgewählter Beispiel-Appeals verdeutlicht, dass die Bedarfe aller Interventionssektoren der humanitären Hilfe nicht gedeckt werden. Dabei liegt der Anteil der gedeckten Bedarfe im Bildungssektor zumeist noch deutlich unter den Werten der Gesamtbedarfe.

Tabelle 1: Gedeckter Bedarf nach Sektor auf Grundlage ausgewählter Appeals

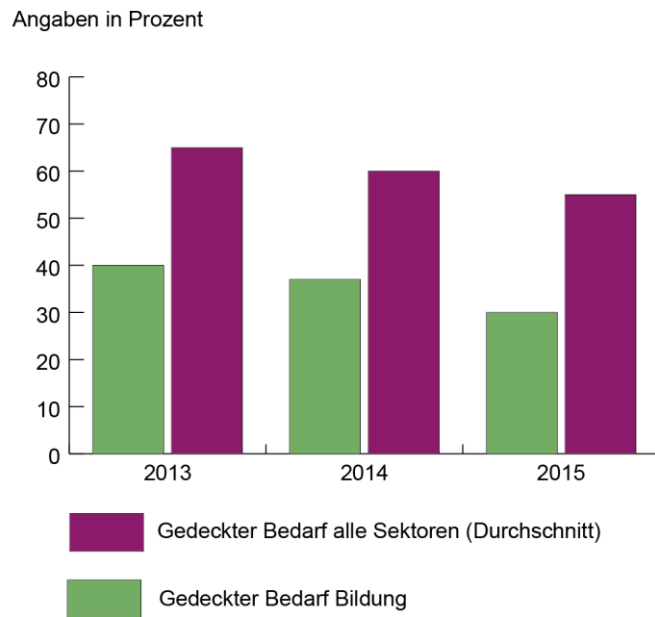
	2013		2014		2015	
	Bildung	Alle Sektoren	Bildung	Alle Sektoren	Bildung	Alle Sektoren
Global	40,0	65,0	37,0	60,0	30,0	55,0
Syrien	82,0	68,0	37,0	50,7	23,0	43,1
Palästinensische Gebiete	37,0	66,8	24,0	54,0	44,0	56,6
Mali	17,0	55,5	14,0	49,6	22,0	35,0
Dem. Republik Kongo	9,0	70,5	3,0	47,3	15,0	60,2
alle Angaben in Prozent						

Quelle: UN OCHA Financial Tracking Service (<https://fts.unocha.org>), Datenstand 29. April 2016.

⁵ Vgl. Save the Children, Hear it from the Children: Why education in emergencies is critical, 2014, S.9; http://www.savethechildren.org.uk/sites/default/files/images/Hear_it_from_the_children.pdf.

⁶ ODI (2016), S.9.

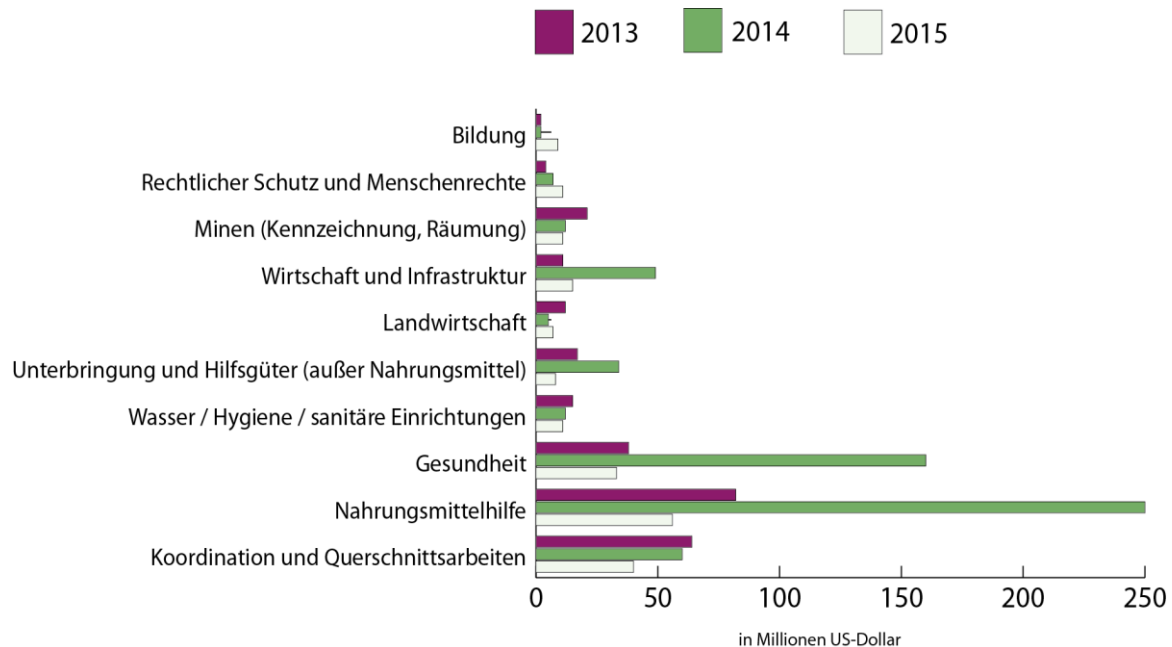
Graphik 1: Fehlende Mitteldeckung im Vergleich (Global Requirements)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des UN OCHA Financial Tracking Service (<https://fts.unocha.org/>), Datenstand 29. April 2016.

Schaut man gesondert nur die deutsche Förderung an – wie sie im Financial Tracking Service von UN OCHA erfasst wird⁷ – so zeigt sich auch dort eine deutliche Deckungslücke im Bildungssektor.

Graphik 2: Deutsche Förderung ausgewählter Sektoren der Humanitären Hilfe in Mio. US-Dollar für die Jahre 2013-2015. (Multi-sektorale Förderungen und keinem Sektor zugeordnete Förderungen sind hier nicht dargestellt.)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des UN OCHA Financial Tracking Service (<https://fts.unocha.org/>), Datenstand 05. Mai 2016, Donor Profile Germany 2013, 2014, 2015.

⁷ Der Eintrag des Mittelflusses bei UN OCHA erfolgt durch Geldgeber und Umsetzungsorganisationen auf freiwilliger Basis. Es kann daher keine Vollständigkeit der Daten garantiert werden. Weiterhin ist ein nennenswerter Anteil des Mittelflusses keinem spezifischen Sektor zugeordnet.

Fehlende Mittel für Bildung in der Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Die Unterfinanzierung der humanitären Hilfe spiegelt sich auch in den nicht gehaltenen Versprechen zu den öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit insgesamt wider. Deutschland und die führenden Industrienationen haben sich freiwillig zu einer schrittweisen Steigerung ihrer Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) auf mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens verpflichtet. Trotzdem haben im Jahr 2015 insgesamt nur sechs Staaten dieses Ziel erreicht. Deutschlands ODA-Quote stieg zwischen 2011 und 2015 von 0,39 auf nur 0,52 Prozent. Die Steigerung ergibt sich vor allem durch die Anrechnung der angefallenen Kosten für die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland, obwohl ODA-Ausgaben eigentlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in armen Ländern direkt dienen sollen.

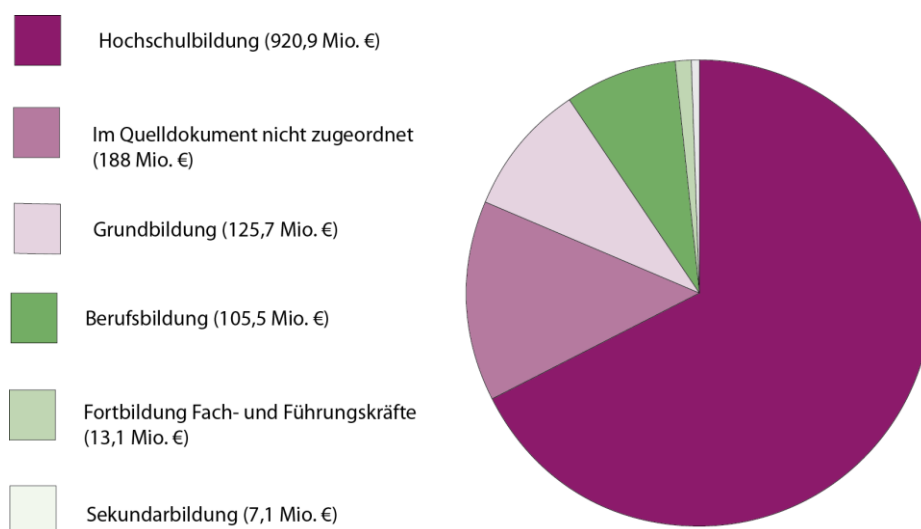
Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die bilateralen ODA-Auszahlungen Deutschlands für Bildung lagen im Jahr 2014 bei 1,36 Milliarden Euro, was 12,6 Prozent der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit entsprach.⁸ Der Löwenanteil dieser Auszahlungen floss allerdings in die Hochschulbildung, insbesondere in Ausgaben für Studierende aus Entwicklungs- und Schwellenländern während ihres Studiums in Deutschland. Dagegen entfiel auf die Bereiche Grund-, Sekundar- und Berufsbildung in Entwicklungsländern nicht einmal ein Drittel der bilateralen Auszahlungen (siehe Graphiken 3 und 4).

Nach Angaben des BMZ entfielen 2014 auf das Auswärtige Amt nur 18 Prozent oder 242 Millionen der deutschen bilateralen ODA des Bildungssektors. Dabei ist nicht weiter aufgeschlüsselt, welcher Anteil daraus wiederum im Rahmen der humanitären Hilfe eingesetzt wird und tatsächlich bei Menschen in Krisen- oder Konfliktsituationen ankommt.

Im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit fließen deutsche Gelder an die *Global Partnership for Education* (GPE) wie auch an UNESCO, UNICEF, Weltbank und EU. An dem Fonds der GPE beteiligt sich Deutschland mit sieben Millionen Euro jährlich.

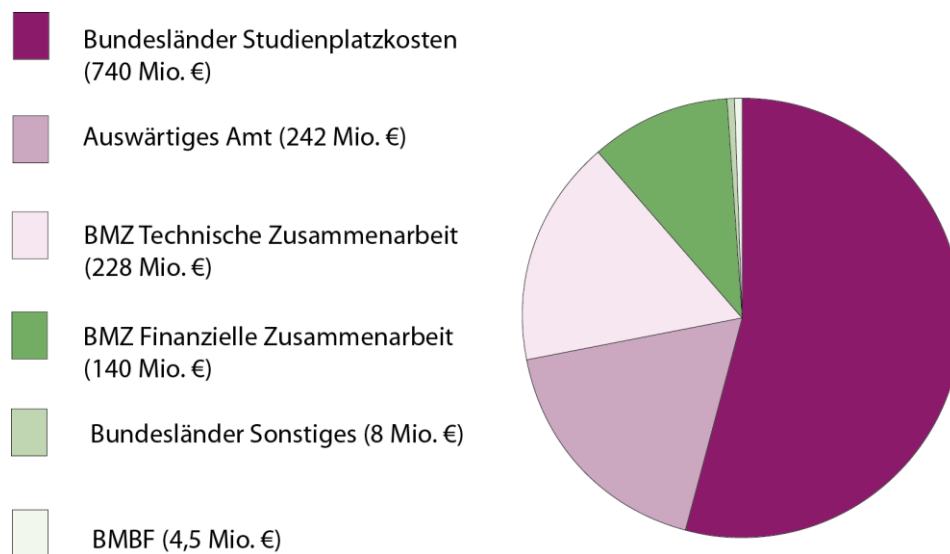
Graphik 3: Deutsche bilaterale ODA für den Bildungssektor (in Mio. EUR und anteilig an der Gesamtförderung Bildung in 2014).



⁸ Quelle: Sachstand Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ, Ref. 304, Stand 04.05.16.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Sachstands Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ, Ref. 304, Stand 04.05.16.

Graphik 4: Mittelherkunft der deutschen bilateralen ODA für den Bildungssektor 2014
(in Mio. EUR und anteilig).



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Sachstands Bildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ, Ref. 304, Stand 04.05.16.

Forderungen der Globalen Bildungskampagne für eine bessere Finanzierung von Bildung in Krisen und Konflikten

Wir, die Mitglieder der Globalen Bildungskampagne, fordern die Bundesregierung auf,

- Bildung zu einem Schwerpunkt in der humanitären Hilfe, Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu machen und in den entsprechenden Strategien zu verankern.
- zusätzliche und vorhersehbare Mittel für Bildung in der humanitären Hilfe, Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, mit denen sowohl Bildungsinfrastruktur (Schulgebäude, Schulbücher, Sicherheit der Schulen) als auch die Ausbildung, Entsendung und Bezahlung von Lehrkräften, sowie non-formale Programme für Kinder und berufliche Bildung für Jugendliche und Erwachsene gefördert werden, unter Berücksichtigung von besonders benachteiligten Gruppen wie Frauen und Mädchen, sowie Menschen mit Behinderungen.
- sich beim *World Humanitarian Summit* im Mai 2016 dafür einzusetzen, dass Bildung zu einem Schwerpunkt wird und dieses Engagement mit zusätzlichen finanziellen Mitteln zu untermauern.
- den neuen Fonds *Education Cannot Wait*, der auf dem *World Humanitarian Summit* ins Leben gerufen wird, mit einem der Wirtschaftskraft Deutschlands entsprechenden Beitrag von mindestens 50 Millionen Euro jährlich aus dem Bundeshaushalt zu unterstützen. Dieser Mindestbetrag sollte klar dem Aufbau und der Etablierung der Plattform dienen und muss zusätzlich bereitgestellt werden. Er darf nicht zulasten anderer Sektoren der humanitären Hilfe oder anderer Bereiche der Bildungsfinanzierung gehen. Der Fonds muss dabei auch von den für 2017 geplanten Aufwüchsen der Budgets des Auswärtiges Amtes und des BMZ um insgesamt 2,8 Milliarden Euro zur Bekämpfung von Fluchtursachen profitieren.

- sich dafür einzusetzen, dass die Plattform *Education Cannot Wait* langfristig an die *Global Partnership for Education* (GPE) angebunden wird und sich nicht mit den derzeitigen Strukturen des Clustersystems doppelt. Deutschland sollte als Vorbild vorangehen und sich in der Aufbauphase bei Partnern und möglichen Gebern für eine solide Finanzierung und eine solide Governancestruktur starkmachen.
- den Beitrag zum Fonds der *Global Partnership for Education* (GPE) auf 100 Millionen Euro jährlich zu erhöhen.
- sich international für ein einheitliches System differenzierter Datenerhebung nach Geschlecht, Alter, unterschiedlichen physischen und psychischen Beeinträchtigungen etc. bei der Registrierung von Flüchtlingen einzusetzen.
- die Qualität der Bildung auch in schwierigen, fragilen und komplexen Kontexten von Krisen und Konflikten zu gewährleisten. Dies geht Hand in Hand mit der Bereitstellung von gut ausgebildeten Lehrkräften, die dem Kontext entsprechend geschult sind.
- bei Interventionen der humanitären Hilfe darauf zu achten, dass Bildung inklusiv ist und die Gleichberechtigung fördert.

Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Entwicklungszusammenarbeit (2015)

- 57 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern eine der wichtigsten Prioritäten der (nationalen) Regierung sein sollte (EU-Durchschnitt 50 Prozent);
- 77 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass Hilfe für Entwicklungsländer ein effektiver Weg ist, irreguläre Migration zu bewältigen (EU-Durchschnitt 73 Prozent);
- 37 Prozent der Befragten sehen Bildung als dringendste Herausforderung für die Zukunft von Entwicklungsländern (nach Frieden und Sicherheit mit 47 Prozent sowie Ernährungssicherheit und Landwirtschaft mit 38 Prozent).

Quelle: Special Eurobarometer 441⁹.

Die Globale Bildungskampagne

Die **Globale Bildungskampagne** ist eine weltweite Bewegung von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass ausnahmslos alle Menschen ihr Recht auf eine gute, öffentliche, gebührenfreie Bildung wahrnehmen können.

Die Mitgliedsorganisationen der Globalen Bildungskampagne in Deutschland:

Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V. (CBM) • Don Bosco Mission • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) • Kindernothilfe e.V. • Oxfam Deutschland e.V. • Plan International Deutschland e.V. • Save the Children Deutschland e.V. • Deutsches Komitee für UNICEF e.V. • Deutsche Welthungerhilfe e.V. • World University Service – Deutsches Komitee e.V. • World Vision Deutschland e.V.

Kontakt

info@bildungskampagne.org

Tel: 030 45 30 69 650

www.bildungskampagne.org

⁹ http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/eb-eu-development-cooperation-and-aid-germany-122015_en.pdf.